

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Tarifautonomie im öffentlichen Dienst

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende  
von Bündnis 90/Die Grünen,

**Karl-Martin Hentschel:**

## **Für ein einheitliches und flexibles öffentliches Dienstrecht**

Wir haben drei Problemkreise:

- der Bund hat bei den Tarifverhandlungen andere Interessen als die Länder. Da der Bund viel weniger Beschäftigte hat als die Länder und Kommunen, profitiert er sogar von höheren Abschlüssen durch höhere Steuern und Sozialabgaben;
- der Bundesangestelltentarif ist unflexibel. Insbesondere die Eingruppierung und die Alterszulagen erschweren eine Bezahlung, die die individuellen Fähigkeiten und das Engagement der Beschäftigten angemessen berücksichtigt und belohnt,
- wir haben im öffentlichen Dienst zwei Bezahlungssysteme, die zunehmend auseinanderlaufen – das der BeamtInnen und das der Angestellten.

Eine Übertragung des gesamten Personalrechts an die Länder schließt keine bundeseinheitlichen Tarife aus. Aber die Unterschiede zwischen BeamtInnen und Angestellten sind viel größer, als eventuelle Unterschiede zwischen den Ländern sein können, wie sie bereits im Bereich der BeamtInnen existieren. Flächentarife können auch regionaler Natur sein.

Ziel muss es sein, zu einem einheitlichen Dienstrecht sowohl der BeamtInnen als auch der Angestellten zu kommen – und zwar auf Grundlage von Tarifverträgen. Wenn heute die Tarifautonomie beschworen wird, dann stelle ich fest, dass an eine Aufhebung der Tarifautonomie – als ein Ersatz von Tarifverträgen durch gesetzliche Regelungen für Angestellte -niemand denkt. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Für den größten Teil der Beschäftigten der Länder gibt es heute keine Tarifautonomie, da sie BeamtInnen sind. Erst durch die Abschaffung des Beamtenstatus und ein einheitliches Dienstrecht würde die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst überhaupt erst hergestellt.

Ich hoffe, dass es endlich gelingt, etwas in Bewegung zu bringen und die Politik nicht wieder am Widerstand der Beamtenlobbys scheitert.

\*\*\*

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 207.04 / 28.05.2004**